

KOMMENTAR



**Ich kann nicht anders,
außer weitermachen!**

Kai Christ

Nach der Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten am 05.02.2020


PARTEIEN

SPD stimmt für Koalitionsvertrag

Erfurt (WG). Die Delegierten eines außerordentlichen Landesparteitages der Thüringer SPD haben am 24. Januar 2020 dem Koalitionsvertrag für eine Minderheitsregierung von DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD mehrheitlich zugestimmt. Die DGB-Gewerkschaften, unter ihnen die GdP, waren eingeladen. Es wurde über die weiteren Schritte zu einer Minderheitsregierung und das ausgearbeitete Programm diskutiert.



Steffen Dittes (DIE LINKE) spricht bei der SPD

Als erste der drei Parteien einer möglichen rot-rot-grünen Regierung hat die SPD den Koalitionsvertrag beraten. Als Gastredner warb Steffen Dittes (DIE LINKE) um die Zustimmung zum Koalitionsvertrages. Der SPD-Vorsitzende Wolfgang Tiefensee erläuterte die mit den anderen Parteien ausgehandelten Inhalte. Zudem verteidigte er die zum Teil allgemeiner gehaltenen Themen im Ver-

trag, um Schnittmengen mit anderen Parteien im Landtag erzielen zu können. Auf diesem Landesparteitag in Erfurt segnete eine Mehrheit der rund 200 Delegierten das Papier ab.

Weitere Diskussionen gab es um die SPD-geführten Ministerien. Trotz großer Verluste bei den Landtagswahlen soll sich an der Zahl nichts ändern. Die Delegierten kritisierten die Besetzung, die nach so einer deutlichen Wahlniederlage unverändert bleiben sollte. Viele forderten nun die Parität der Besetzung der Staatssekretärsposten. Dabei wurde gefordert, die im Landtag umgesetzten Beschlüsse zum Paritätsgesetz bei der Besetzung von Frau/Mann auch nun hier Realität werden zu lassen, offensichtlich ein deutlicher Fingerzeig auf die anwesenden Staatssekretäre Udo Götze und Dr. Hartmut Schubert. Auf die Reden zur Ausgestaltung der Parität gab es heftigen Applaus von den Delegierten. Da es trotz mehrerer dieser Redebeiträge u. a. auch von einer Landtagsabgeordneten keine Antwort vom Vorsitzenden gab, muss man nun gespannt

sein, wie man diese Anfragen umsetzt. Die Basis der SPD fordert aber erkennbar bei den Staatssekretären personelle Konsequenzen. Für die Beteiligung an dem rot-rot-grünen Minderheitsprojekt, dem im Landtag vier Stimmen fehlen, wurde per Handzeichen abgestimmt. Es gab einige Gegenstimmen und Enthaltungen, die jedoch nicht ausgezählt wurden.

Linke, SPD und Grüne hatten sich nach den Landtagswahlen auf ein Regierungsprogramm geeinigt und sich auch auf den Zugschnitt der Ministerien verständigt. Das Programm lag dem Parteitag vor. SPD-Landesvorsitzender Wolfgang Tiefensee sagte, „ja, es wird unglaublich schwer. Aber wir wollen den Anspruch auf Gestaltung nicht verlieren“. Innerhalb von Rot-Rot-Grün gebe es ein „faires Miteinander“. Es sei Aufgabe der Koalition, kontinuierlich mit CDU und FDP im Gespräch zu bleiben und gemeinsam nach guten Kompromissen und Mehrheiten im Parlament zu suchen.

Als Gast in Erfurt reiste der SPD-Bundesvorsitzende Norbert Walter-Borjans an. Er warb für die Beteiligung an dem in Deutschland in dieser Form bisher einmaligen Regierungsprojekt: „Es ist richtig, das zu machen.“ Die SPD müsse deutlich machen, dass sie gebraucht wird. Walter-Borjans rechnet jedoch mit einer schwierigen Koalition unter diesen Bedingungen, aber eine Minderheitsregierung stärke das Parlament. „Jeder Abgeordnete hat ein enormes Gewicht“, sagte er.

Bei einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung würde die SPD ihre drei Ministerien behalten. Es handelt sich um die Ressorts Finanzen, Wirtschaft und Inneres. Die bisherigen drei Minister sollen laut Sozialdemokraten weiter im Amt bleiben. Bei der Landtagswahl Ende Oktober 2019 hatte die SPD 8,2 Prozent der Stimmen erhalten. Wir als GdP bleiben themenbezogen am Ball und haben unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert. ■

DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon: (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de



BILDUNG

Freistellungsgesetz ist eine tolle Sache

Am 1. Januar 2016 ist das Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz (ThürBfG) in Kraft. Bisher sind aber sowohl das Gesetz als auch die angebotenen Bildungsveranstaltungen weitgehend unbekannt.

Daniel Meyhöfer

Beschäftigte können sich seit dem 1. Januar 2016 aus der Liste der anerkannten Bildungsveranstaltungen zum Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz eine ihren Interessen entsprechende Bildungsveranstaltung auswählen. Der Arbeitgeber kann hier also keine Bedenken anmelden, dass der angestrebte Wissenszuwachs seiner Meinung nach keinen „Nutzen“ für ihn bringt.

Derzeit sind 2413 Kurse und Veranstaltungen von 567 Anbietern anerkannt. (Stand: 11. Dezember 2019). Dem Antrag auf Bildungsfreistellung, der online auf der Seite des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport heruntergeladen werden kann, ist unbedingt die Anerkennung der geplanten Bildungsveranstaltung beizulegen.

Gemäß § 6 Abs. 1 ThürBfG ist der Anspruch auf Bildungsfreistellung (fünf Tage pro Jahr) gegenüber dem Arbeitgeber spätestens acht Wochen vor Beginn der Bildungsveranstaltung schriftlich geltend zu machen. Der Träger der Bildungsveranstaltung hat dem Beschäftigten das Vorliegen der Anerkennung der geplanten Bildungsveranstaltung nach § 8 Abs. 3 ThürBfG kostenlos zu bescheinigen. Über die Anträge auf Anerkennung von Bildungsveranstaltungen entscheidet gemäß § 10 Abs. 5 ThürBfG die für die Anerkennung zuständige Behörde.

Anbei ein Hinweis auf weiterführende Informationen zur Bildungsfreistellung im Internet:

- <https://bildung.thueringen.de/bildung/bildungsfreistellung/> für allgemeine Informationen
 - <https://www.bildungsfreistellung.de/> für weiterführende Informationen
 - <https://www.bildungsfreistellung.de/bildungsveranstaltungen/> für die Liste der anerkannten Bildungsveranstaltungen.
- Beste Grüße und viel Spaß beim Lernen. ■

11. BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT

POLIZEI - RETTUNGSDIENST - FEUERWEHR - KLINIKPERSONAL - THW - JUSTIZ - ZOLL - BUNDESWEHR

Karten über die GdP-Geschäftsstelle in Erfurt
0361/598950

•EINLASS NUR MIT DIENSTAUSWEIS•

17.04.2020 - 21.00 Uhr

Presseklub Erfurt

ENTRITT & SHUTTLE MIT GdP-MITGLIEDSAUSWEIS FREI
FREIBIER / PREISEKT - SOLANGE VORRAT REICHT



JUNGE GRUPPE
Gewerkschaft der Polizei



WALDHOFF



EVAG Polizeiversicherungs-AG
SIGNAL IDUNA
ZUR FÜRZWEISER



BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT



SCHÖNEBERGER FORUM 2019

Im August die Jahresarbeitszeit schon erfüllt

Berlin (mp). Die Wochenarbeitszeit selbst bestimmen, Schichtpläne gut gestalten, der mobilen Arbeit gesunde Grenzen setzen, Arbeitszeit an unterschiedliche Lebensphasen anpassen, Mehrarbeit von Lehrkräften reduzieren: Mit diesen und weiteren Themen befassten sich knapp 400 Personalräte, Vertreter aus Gewerkschaften auf dem Schöneberger Forum am 19. und 20. November.

Bericht vom Schöneberger Forum 2019 von Monika Pape

Die Fachtagung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wird jährlich vom DGB Bildungswerk Bund in Kooperation mit dem DGB veranstaltet und mit interessanten sowie kompetenten Referenten besetzt. Bei dieser Veranstaltung diskutierten unter der bewährt gut geführten Moderation von Jutta Neumann, Jörg Radek (stellv. Bundesvorsitzender GdP), Prof. Dr. Stefan Süß (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Dr. Anita Tisch und Prof. Dr. Jutta Rump. Der öffentliche Dienst hat ein massives Problem: Zu wenig Personal muss zu viel Arbeit meistern. Besonders anschaulich beschrieb das auf dem diesjährigen Schöneberger Forum der stellv. Bundesvorsitzende der GdP, Jörg Radek: „Es gibt Polizeidienststellen, da haben die Beschäftigten im August die Jahresarbeitszeit erfüllt.“

Die repräsentative ver.di-Arbeitszeitumfrage für den öffentlichen Dienst zeichnet ein ähnliches Bild. Demnach machen 52,4 Prozent der Befragten Überstunden, weil die Ar-



Eröffnungspodium des Forums

beit in der vereinbarten Zeit nicht zu schaffen ist. 47,6 Prozent gaben zu wenig Personal als Grund dafür an. Der Personalmangel und die Arbeitsverdichtung waren dann auch die beiden Schwerpunkte, zwischen denen das Thema der diesjährigen Fachtagung mit dem Titel „Planbarkeit, Selbstbestimmung, Entlastung! Arbeitszeit im öffentlichen Dienst neu gestalten“ diskutiert wurde. Wie wir alle wissen, sind die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten genauso vielfältig wie die Bedingungen, in welchen sie leben. Teilweise setzt der ausgeübte Beruf ein relativ starres Arbeitszeitkorsett – beispielsweise bei Polizei, Feuerwehr und im Krankenhaus. Teilweise genügten die bestehenden Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu gestalten, nicht mehr den Lebensrealitäten. Die Zeit rast. Kaum hat das Jahr begonnen, schon neigt es sich wieder dem Ende. Dieses (ungute) Gefühl haben viele von uns. Umso wünschenswerter erscheint die Vorstellung, über die eigene Zeit vollkommen selbstbestimmt verfügen zu können. Doch den wenigsten ist dies tatsächlich möglich.

Insbesondere dem Einfluss auf die eigene Arbeitszeit sind mehr oder weniger enge Grenzen gesetzt. Daran etwas zu ändern, wird aber mehr und mehr Wunsch der Beschäftigten. Der Wert ihrer Zeit wird ihnen in unserer

schnelllebigen Welt zunehmend bewusst. Die Arbeitszeitwünsche der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und deren tatsächlicher Arbeitsalltag müssen sich wieder einander annähern. Nur dann ist der öffentliche Dienst auch ein Arbeitgeber, der weiterhin die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für sich gewinnen und an sich binden kann. Einer kritischen Prüfung ist daher die Wochenarbeitszeit zu unterziehen. Mit zunehmender Länge dieser sinkt schließlich der Anteil der Beschäftigten, die mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden sind. Zudem steigt der Anteil derer, die von gesundheitlichen Beschwerden berichten. Dies war ein nicht überraschendes Ergebnis des Arbeitszeitreports der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Arbeitszeit ist insgesamt ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Wenn wir schon mit den Einkommen in der Privatwirtschaft teilweise nicht mithalten können, sind die weiteren Arbeitsbedingungen umso wichtiger. Die Ergebnisse und Aussagen der Fachvorträge waren dann auch Grundlage für die Diskussionen in den fünf Fachforen.

Forum I: Mindeststandards für gute Arbeit im Wechselschichtdienst

Schichtarbeit belastet betroffene Beschäftigte massiv. Im Fokus des Forums stand da-



Gesünderes Arbeiten in der Polizei – „GAP“

• Ein Projekt in der rheinland-pfälzischen Polizei

Teilprojekt 1 „GAP-WSD“ Arbeitszeit des Wechselschichtdienstes im Echtbetrieb	Teilprojekt 2 „GAK“ Gesünderes Arbeiten in der Kriminalpolizei in den Anfängen	Teilprojekt 3 „??????“	Teilprojekt 4 „??????“	Teilprojekt „??????“
---	--	---------------------------	---------------------------	-------------------------

Der Ritt auf der Rasierklinge ???!

Gewerkschaft der Polizei

her die Frage, wie Personalräte Schichtdienstleistende durch Dienstvereinbarungen und Initiativen entlasten können. Tobias Michel warnte zunächst davor, einen allgemeingültigen Dienstplan entwickeln zu wollen. Ein Schichtsystem, welches im Stahlwerk für die vorwiegend männliche Belegschaft gut funktioniert, sei für ein Krankenhaus wahrscheinlich ungeeignet. Er empfahl, immer aufs Neue die Wünsche der Beschäftigten einzubeziehen. Im Projekt „Gesünderes Arbeiten in der Polizei“ erstritt die GdP Rheinland-Pfalz Verbesserungen. 13 Dienststellen kreierten hier neue Schichtmodelle, die in Pilotphasen getestet wurden. Parallel wurden rechtliche Grundlagen für eine Rüstzeitpauschale von 20 Minuten pro Schicht und mehr Zusatzurlaub geschaffen. Und auch für den Zoll wurden Anknüpfungspunkte für Personalräte aufgezeigt. Im Hauptzollamt Singen können beispielsweise ältere Beschäftigte auf einem Tagarbeitsplatz hospitieren und überlegen, ob sie aus dem Schichtdienst dorthin wechseln wollen.

Forum II: Wie die Arbeitszeit unsere Gesundheit beeinflusst

Prof. Christoph Wunder bekräftigte hier den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Gesundheit. Seine Studie zeigt: Wird die Wochenarbeitszeit – unfreiwillig – um eine Stunde erhöht, nehmen Arztbesuche und

Krankheitstage, vor allem aufgrund psychischer Beeinträchtigungen, zu. Im Forum wurde aber nicht nur der gesundheitliche Einfluss von Arbeitszeit unter die Lupe genommen, sondern auch, welche Intensität die innerhalb der Arbeitszeit geleistete Arbeit hat. Die Arbeitsintensität im öffentlichen Dienst hat im Vergleich zu anderen Branchen innerhalb von zwei Jahren am stärksten zugenommen. Damit einher ist auch eine Zunahme gesundheitlicher Beschwerden zu verzeichnen. Initiativanträge zu Stellenmehrbedarfen, die unter anderem mit Unfallverhütung und der Einhaltung des Arbeitsschutzes begründet werden, sowie Organisationsuntersuchungen zur Ermittlung des tatsächlichen Personalbedarfs seien nur zwei von zahlreichen Möglichkeiten für Personalräte, tätig zu werden.

Forum III: Selbstbestimmt oder entgrenzt? Mobile Arbeit mit Dienstvereinbarungen gestalten

Neben den Chancen und Risiken für Beschäftigte wurden die gesetzlichen Ordnungsrahmen für selbstbestimmtes mobiles Arbeiten einschließlich Homeoffice erläutert. Der Rechtsanspruch auf Mobile Arbeit/Homeoffice müsse perspektivisch bei Einführung durch Personalräte ausgestaltet werden. Weiter wurden praxiserprobte Dienstvereinbarungen vorgestellt und wichtige Hinweise, Anregungen und Ideen für die Einführung und Ausgestal-

tung von Dienstvereinbarungen zur mobilen Arbeit bzw. Telearbeit aufgezeigt.

Forum IV: Mehr Work als Life? Mit lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodellen die Balance finden

Eine komplett individuelle Arbeitszeitgestaltung ist für eine gute Balance zwischen Arbeit und Privatleben durchaus wünschenswert, aber aufgrund des damit verbundenen Aufwands für Behörden nicht umsetzbar. Die Zeitbedarfe verändern sich im Verlauf des Berufslebens. Neben der Geburt eines Kindes nehmen für Beschäftigte aber auch die Übernahme von Pflegeaufgaben, ehrenamtliche Tätigkeit, Hobbys oder die Pendelzeit einen wesentlichen Bestandteil ein. Die Fragen und Diskussionsbeiträge aus dem Publikum nahmen vor allem die Folgen einer starken Individualisierung von Arbeitszeitmodellen in den Blick. Auch die Berücksichtigung der jeweiligen Interessen gelte es so zu regeln, dass Konflikte – zum Beispiel zwischen Beschäftigten mit Kindern und solchen mit anderen Verpflichtungen – vermieden werden.

Dazu fanden noch die Foren V – Neue Wege zur Entlastung von Lehrkräften und VI Gute Praxis: Nominierte und Preisträger des Deutschen Personalräte-Preises 2019 stellen ihre Projekte vor. Die Gestaltung der Arbeitszeit hatten auch die Gewinner des diesjährigen Deutschen Personalräte-Preises zum Inhalt. Der Hauptpersonalrat der Polizei Schleswig-Holstein konnte unter anderem erreichen, dass für langjährig schichtdienstleistende Beamtinnen und Beamte die regelmäßige Wochenarbeitszeit schrittweise von 41 Stunden auf maximal 36 Stunden reduziert wird. Zum Abschluss diskutierten die Teilnehmer im Plenum „Arbeitszeit zwischen Wunsch und Wirklichkeit“.



Der schleswig-holsteinische HPR Polizei gewinnt den Preis



Thüringer Teilnehmer in der Konferenzpause



GdP gratuliert zum ...

80. Geburtstag

Am 29. Januar 2020 feierte das GdP-Ehrenmitglied Dieter Johannes seinen 80. Geburtstag. Zu den Gratulanten gehörten GdP-Landesvorsitzender Kai Christ, der stellvertretende Vorsitzende des Seniorenvorstandes der GdP Thüringen, Herbert Wollstein, Kreisgruppenvorsitzender Gunnar Niewöhner, öPR-Vorsitzender Olaf Alperstedt und der Seniorenvorsitzende der KG Erfurt, Hartmut Schaller. Sie wünschten dem Jubilar im Namen ihrer Vorstände und Mitglieder auch weiterhin beste Gesundheit, Glück auf all seinen Wegen und noch viele schöne Jahre im Kreise seiner Familie.

Die GdP Thüringen gratuliert nachträglich an dieser Stelle auch noch allen Seniorinnen und Senioren, die 2019 einen besonderen runden Geburtstag hatten oder bereits mehr als 80 Jahre alt sind.

65. Geburtstag

Reinhardt Rabe SG Suhl
Werner Bloch SG Jena
Uwe Peter SG Nordthüringen
Karl Streibe SG Gera
Lutz Regensburg SG Jena
Dieter Otto SG Suhl
Siegfried Erbe SG Suhl
Wolfgang Pöhland SG Gotha
Horst-Ulrich Förster SG Gotha
Siegfried Hoffmann SG Saalfeld
Volkmar Lenz SG Nordthüringen
Manfred Täubig SG Nordthüringen
Andreas Preller SG Gera
Wolfgang Grupe SG Erfurt
Klaus Dittrich SG Saalfeld

70. Geburtstag

Jürgen Gutheil SG Saalfeld
Hubertus Kahl SG Suhl
Peter Behrendt SG Erfurt
Karl-Heinz Grohmann SG Suhl
Fritz Eulenstein SG Jena
Rolf Winter SG Suhl
Lothar Anders SG Gera
Gudrun Eif SG Suhl
Edmund Pramann SG Suhl
Bernd Hanft SG Saalfeld
Wolfgang Hilz SG Suhl
Ingeborg Stelzner SG Suhl
Wolfgang Wagner SG Suhl
Bernd Sülzenbrück SG Gotha
Vera Kothhuber SG Saalfeld
Gerhard Körner SG Saalfeld
Ernst Böhm SG Nordthüringen
Jürgen Kussin SG Gera
Bernd Seidel SG Gera
Winfried Jäger SG Gotha
Franz Rindermann SG Erfurt
Martin Frühauf SG Gotha
Harald Wenzel SG Suhl
Herbert Schröder SG Erfurt
Hartmut Ackermann SG Nordthüringen
Peter Boxberger SG Suhl

75. Geburtstag

Gerhard Rehmann SG Gera
Karl-Heinz Scherl SG Gera
Eberhard Göring SG Suhl
Arwed Spoida SG Gera
Gerd Fernkäse SG Jena

Winfried Illing SG Suhl
Reinhard Werner SG Gotha
Erhard Mummert SG Erfurt
Jürgen Bechmann SG Gotha
Lothar Lipfert SG Suhl
Hubert Dietrich SG Nordthüringen
Fred Spangenberg SG Nordthüringen
Karl-Heinz Jeziorek SG Erfurt
Reinhard Fränzel SG Gera
Dieter Küster SG Erfurt

80. Geburtstag

Friedrich Hinz SG Gotha
Dieter Rönicke SG Jena
Siegfried Mehner SG Nordthüringen
Egon Reinhardt SG Gotha
Reiner Röser SG Erfurt

81. Geburtstag

Hans Burghardt SG Erfurt

82. Geburtstag

Siegfried Scheibe SG Jena
Rudi Ludwig SG Jena
Rolf Vonhoff SG Suhl
Hans-Joachim Kupke SG Gotha

83. Geburtstag

Erhard Klammer SG Gotha
Erwin Thiel SG Gotha
Gerhard Albrecht SG Suhl
Bernhard Tischler SG Jena

84. Geburtstag

Erich Walter SG Gotha
Horst Veit SG Suhl
Günter Steding SG Gotha

86. Geburtstag

Walter Kaulfuß SG Jena
Herbert Rödiger SG Gotha

87. Geburtstag

Horst Schießl SG Erfurt
Horst Göpfert SG Gotha

89. Geburtstag

Günther Offhaus SG Gotha

94. Geburtstag

Oswald Zielke SG Erfurt

Foto: Autor



Dieter Johannes an seinem 80. Geburtstag



SENIORENJOURNAL

Serienmörder in der DDR

Jena (eg). Am 15. Januar 2020 trafen sich die Senioren*innen der GdP-Kreisgruppe Jena zu ihrer ersten Veranstaltung im neuen Jahr – einer Buchlesung.



Hans Thiers (Mitte) liest aus seinem 3. Buch ...

Gast war nun schon zum zweiten Mal der Sachbuchautor Kriminalrat a. D. Hans Thiers aus Gera. Er war langjährig Mitglied und später Leiter der Morduntersuchungskommission des Bezirkes Gera der ehemaligen DDR. In seinen ersten beiden Büchern berichtet er über Mordfälle im Bezirk Gera. Das dritte Buch beschäftigt sich mit Serienmördern in der DDR. Demnächst wird ein viertes Buch erscheinen, in dem es wieder um alte Morde im Bezirk Gera geht.

Unter den rund 20 Zuhörern waren eine ganze Reihe ehemaliger Kriminalisten, die zum Teil mit Thiers an der Aufklärung von Mordfällen zusammengearbeitet haben. Viele Erinnerungen fanden den Weg aus den Tiefen des Gedächtnisses. Morde wurden auch in der DDR weiten Teile der Bevölkerung bekannt. Die Medien berichteten nicht in der heute üblichen Art über die einzelnen Fälle. Häufig seien aber auch die Kriminalisten in der DDR auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen gewesen und deshalb habe man auch in passenden Fällen mit großen Öffentlichkeitsfahndungen gearbeitet. Phantomzeichnungen an öffentlichen Orten, die Zusammenarbeit mit Bus- und Taxifahrern oder Tankwarten, Umfeldermittlungen durch Polizisten und ähnli-

che Maßnahmen hätten gute Ergebnisse gebracht, aber auch dafür gesorgt, dass die Taten bekannt wurden. Nach seiner Erfahrung hätten Gewaltverbrechen auch entsprechenden Niederschlag im Statistischen Jahrbuch der DDR gefunden.

Der Schwerpunkt des Buches „Serienmörder in der DDR“ liegt auf der Beschreibung der Aufdeckung, Aufklärung und Untersuchung von Serienmorden, die die Be-

völkerung der DDR in Angst und Schrecken versetzten. Serienmorde waren in der DDR allerdings nicht an der Tagesordnung, die Gesamtkriminalität war im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland deutlich niedriger. Thiers sieht sein Buch als weiteren Baustein bei der Erforschung der Kriminalgeschichte der DDR und damit Deutschlands. Er will damit interessante Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei dieser Art der Tötungsverbrechen zwischen den einzelnen Gesellschaftsordnungen (DDR und BRD) aufzeigen.

Auch unter den Serienmördern finden sich Täter, die ihre Morde im ehemaligen Bezirk Gera oder im mitteldeutschen Raum begingen bzw. dort lebten. Eine sechsfache Babymörderin aus Zeulenroda findet sich da neben einem ehemaligen Bewohner von Bürgel, der bereits in der DDR einmal gemordet hatte und von 1991 bis 1993 eine Mordserie und Sexualstraftaten beging. Er war trotz rechtskräftiger Verurteilung wegen Mordes im Zuge der deutschen Einheit vorzeitig nach weniger als zehn Jahren Haft freigekommen, was gleich für mehrere Frauen zu schwersten sexuellen Übergriffen bzw. mit dem Tode endete. Thiers berichtet aus Gerichtsakten, polizeilichen Unterlagen und nutzt Archive für seine Recherchen. Trotzdem sind seine Bücher spannend und kurzweilig. Darüber hinaus ist er ein guter Erzähler.

Nach gut zwei Stunden waren alle Beteiligten mit dem Abend offensichtlich sehr zufrieden. ■



... und signiert es für seine Zuhörer



INFO-DREI

Vorgangsbelastung bei der K ...

... in Sachsen-Anhalt

Die Kriminalpolizei in Sachsen-Anhalt ist und bleibt im System der Strafverfolgung unverzichtbar. Über viele Jahre war deutlich zu erkennen, dass die Entwicklung in der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, insbesondere die Folgen des damals zunehmenden planmäßigen Personalabbaus, sich einschneidend auf die Kriminalpolizei auswirken würden. Diese Befürchtungen, welche die GdP Sachsen-Anhalt damals vorgetragen hatten, haben sich leider in den vergangenen Jahren so bestätigt oder sind noch schlimmer eingetreten. Die Kriminalpolizei hat bisher schmerzhaft, strukturelle Änderungen immer wieder aufgefangen, indem sie sich selbst neu aufgestellt hat. Ziel war es dabei, einerseits den Verfolgungsdruck auf die Straftäter aufrechtzuerhalten und andererseits dem Vorgangs- und Aufklärungsdruck nicht zu erliegen. Den Kolleginnen und Kollegen ist es unter diesen Bedingungen hoch anzurechnen, dass sie immer weiter akzeptable Arbeitsergebnisse erzielten.

Zunehmend werden die Kriminalistinnen und Kriminalisten durch diverse Einsätze aus dem täglichen Sachbearbeitungsbetrieb gerissen. Ja, sicher, es sind polizeilich notwendige Einsätze, denen eine konkrete Lage zugrunde liegt, dennoch fehlt diese Kraft im eigentlichen Ermittlungsbetrieb. Die ständige Personalreduzierung und der fehlende Wissenstransfer auf nachrückende Beamtinnen und Beamte aus der Schutzpolizei haben gravierende Spuren hinterlassen. Der Altersdurchschnitt von zwischenzeitlich über 50 Jahre in der „K“ ist deutlich zu hoch. Zu wenige Absolventen der Fachhochschule Polizei finden sofort Verwendung in der Kripo. Selbst wenn man das sofort korrigiert, wie es aktuell im Kriminaldauerdienst versucht wird, treten die positiven Effekte erst zeitversetzt ein. Die personelle Stärkung der „K“ ist aber unverzichtbar.

Uwe Bachmann

... in Thüringen

Ohne empirische Erhebungen kann gesagt werden, dass die Vorgangsbelastung bei der Kriminalpolizei in den letzten Jahren zahlenmäßig auf hohem Niveau verharrt. Trotzdem ist die Arbeitsbelastung der Ermittler angestiegen, da zum einen bei immer mehr Straftaten digitale Geräte zum Einsatz kommen, die hinterher für Beweis Zwecke mit großem Zeitaufwand ausgewertet werden müssen. Zum anderen gibt es seit Januar 2019 ein neu eingeführtes, aber antiquiertes Vorgangsbearbeitungssystem namens ComVor, was in seinen Ursprüngen auf die Neunziger-Jahre zurückgeht. Das merkt man dem Programm jeden Tag aufs Neue an. Vielen Anforderungen einer modernen Vorgangsbearbeitung ist ComVor nicht gewachsen. Durch die notwendigen Mehrfacheingaben und Doppelerfassungen, umfangreiche Formulare und handwerklich schlecht gemachte Schnittstellen hat sich der Arbeitsaufwand pro Ermittlungsvorgang oft verdoppelt. Das erhöht den Frust der Ermittler, die tagtäglich damit arbeiten müssen.

Personell ist die Kripo noch recht gut aufgestellt. Allerdings wurden und werden in den Jahren 2017 bis 2022 über 190 Ermittler in den Ruhestand versetzt. Das entspricht anderthalb Kriminalpolizeiinspektionen. Wegen der aktuellen Stellenausschreibungspraxis lernt der Nachfolger in den seltensten Fällen seinen Vorgänger im Amt kennen, sodass erworbenes Fachwissen und Berufserfahrung nicht weitergegeben werden kann und entweder einfach verloren geht oder mühsam neu erworben werden muss. Bei den Stellenneubesetzungen für die „K“ bleibt meist auch die kriminalpolizeiliche Fachlichkeit auf der Strecke, weil die Anforderungsprofile sehr allgemein gehalten werden. Die Aus- und Fortbildung bleibt häufig auf der Strecke, weil einfach zu wenig, meistens jedoch gar keine Fachlehrgänge angeboten werden.

G.N.

... in Sachsen

Die Strukturen der Kriminalpolizeiinspektionen weichen voneinander ab, was einen Vergleich bei den Vorgangsbelastungen der Sachbearbeiter in den KPIen nicht zulässt. Aufgrund von Einsatzlagen, Fortbildungsmaßnahmen und dem aktuellen Krankenstand ergeben sich Personallöcher bei der Sachbearbeitung, die kaum noch geschlossen werden können.

Mit der Aufgabenzuweisung für die Polizeireviere und die Kriminalpolizeiinspektion (inklusive der Kriminalaußenstelle) bei der Bearbeitung bei Straftaten konnte eine gewisse Entlastung der KPIen erfolgen. Angaben zur durchschnittlichen Vorgangsbelastung sind nur bedingt möglich. Die tatsächliche Belastung variiert abhängig vom Umfang und dem erforderlichen Arbeitsaufwand je Vorgang selbst im gleichen Kommisariat stark und ist damit für die einzelnen Arbeitsbereiche der KPIen nur unzureichend darstellbar.

Die Aufklärungsquote wird von internen, potenziell polizeilich steuerbaren und von äußeren, nicht oder nur bedingt polizeilich beeinflussbaren Faktoren beeinflusst. Sie ist auch vom Personaleinsatz und der Häufigkeit bestimmter Delikte abhängig. Außerdem besteht ein Zusammenhang mit der Größe der jeweiligen Stadt, des Landkreises bzw. des Erfassungsgebietes. Generell ist es schwieriger, in größeren städtischen Ballungsgebieten Straftaten aufzuklären als in dünner bewohnten Gebieten. Dies hängt damit zusammen, dass im städtischen Bereich die Anonymität größer ist und daher Hinweise auf mögliche Täter geringer sind. Diese sind aber für die Aufklärung einer Straftat entscheidend, da die übergroße Mehrheit der Aufklärungen durch entsprechende Hinweise von Opfern oder Zeugen zustande kommt. Diese haben aber in anonymisierten Großstädten eine geringere Chance, Straftäter zu identifizieren.

Matthias Büschel